



Beschluss

Terminsbestimmung

Im Wege der Zwangsvollstreckung zwecks Aufhebung der Gemeinschaft soll am **Donnerstag, 23. November 2023, 10.00 Uhr** im Amtsgericht Gutfleischstraße 1, Saal 205 Geb. A folgendes Grundeigentum versteigert werden:

eingetragen im Grundbuch von Krofdorf-Gleiberg Blatt 4063

lfd. Nr. 1 Flur 24 Flst. 1264, Gebäude- und Freifläche, Talstraße 17, 467 m², Verkehrswert 199.000,-- €

lfd. Nr. 2 Flur 17 Flst. 20, Ackerland, Im alten Hain, 795 m², Verkehrswert 1.100,-- €

Gesamtverkehrswert: 200.100,00 €; auf den Grundstück lfd. Nr. 1 bleiben Briefrechte in Höhe von 38.346,89 € bestehen, auf dem Grundstück lfd. Nr. 2 bleiben Briefrechte in Höhe von 9.203,25 € bestehen; diese sind vom Ersteher zu übernehmen.

Ist ein Recht im Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte es spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss es auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger oder der Antragsteller oder bei einer Insolvenzverwalterversteigerung der Insolvenzverwalter widerspricht. Das Recht wird sonst im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung des Anspruchs – getrennt nach Hauptforderung, Zinsen und Kosten – einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärungen auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des vorbezeichneten Versteigerungsobjekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu erwirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Nähere Angaben zu dem Objekt und weitere Zwangsversteigerungsobjekte im Internet unter www.zvg-portal.de

Kontoverbindung für die Überweisung der Sicherheitsleistung:
Gerichtskasse Frankfurt am Main: Landesbank Hessen-Thüringen,
IBAN: DE73 5005 0000 0001 0060 30, BIC: HELADEFXXX,
unter Angabe des Kassenzzeichens: **65541404060**.